



Tagesbericht

22. September 1953

Information Nr. 1074

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 300–306 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 5 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

a) Industrie und Verkehr

Im Allgemeinen zeigt sich in den Betrieben bei Diskussionen, besonders in politischen Fragen, eine abwartende Haltung. Die verschiedentlich vorhandene politische Interesselosigkeit äußert sich z. B. im KWO Kabelwerk Berlin-Oberspree so, indem zu einer politischen Lektion von der Belegschaft nur sechs Teilnehmer erschienen.

Die Einwirkung der feindlichen Propaganda findet in den Betrieben besonders in der Methode des »langsam Arbeitens« ihren Ausdruck, so z. B. im VEB Greiz/Gera, Greika,¹ Werk 1. Hier äußerte bei einer Abteilungsleiterbesprechung eine Kollegin: »In der Weberei ist seit dem 17.6.1953 die Qualitätserfüllung von 81 % auf 73 % zurückgegangen.« Ein anderer Kollege äußerte dazu: »Täglich werden 29 000 Rohquadratmeter gefertigt, während das Soll bei 38 000 Rohquadratmetern liegt. Demnach liegen [wir] am Jahresende 379 000 Rohquadratmeter Wolle und 345 000 Rohquadratmeter Zellwolle zurück. Dazu kommen noch größere Mengen aus der Ausnäherei und Färberei.«

Durch das Zurückhalten von FDGB-Beiträgen versucht man verschiedene Forderungen durchzudrücken (Belieferung von Arbeitskleidung, Regelung gewisser Lohnfragen, Entlassung verhafteter Provokateure, Senkung der HO-Preise usw.). In der Lederfabrik Hirschberg/Gera weigert sich ein Teil von SED-Mitgliedern seine Beiträge zu zahlen.

Im Allgemeinen werden in den Betrieben wirtschaftliche Fragen diskutiert. Dabei steht fast überall die Forderung einer baldigen HO-Preissenkung in dem Vordergrund. So werden z. B. im VEB EKM Maschinenbau Görlitz/Dresden Diskussionen über eine bevorstehende Preissenkung geführt. Dabei äußert man: »Wir Arbeiter sind doch immer die Leidtragenden. Man wird zwar die Preise in der HO senken und dabei einen Teil der Lebensmittelmarken abschaffen, diese Waren jedoch teurer wie bisher verkaufen. Dies nennt man dann Angleichung der Preise.«

In verschiedenen Betrieben werden in der Lohnfrage Diskussionen geführt, so z. B. im EKM Apparate und Kesselbau Berlin-Pankow, wo seit drei Monaten Lohnforderungen gestellt werden. Der Staatssekretär im Ministerium für Schwermaschinenbau hat davon Kenntnis und versprochen, diese Angelegenheit dem Ministerrat zu unterbreiten und eine Lösung zu schaffen. Seitdem hat sich nichts geändert. Dadurch ist die Stimmung unter den Arbeitern schlecht. Es werden keine Versammlungen besucht, es wird langsam gearbeitet, und sie gehen Diskussionen aus dem Weg.

Im Kreisbauhof Suhl entstehen durch unterschiedliche Bezahlung (verschiedene Ortsklassen) gegenüber der Bau-Union Erfurt-Nord, die auf dem gleichen Gelände baut, negative Diskussionen. Gleichzeitig wandern verschiedene Arbeiter zur Bau-Union über und gefährden dadurch die Fertigstellung der Investbauten des Kreisbaubetriebes.

Negative Diskussionen infolge von Produktions- bzw. Materialschwierigkeiten traten nur gering auf. So treten z. B. im VEB Kaliwerk »Marx Engels« in Unterbreizbach/Suhl Mängel in der Wagenbereitstellung für die einzelnen Reviere auf, dadurch müssen die Kumpel zwei bis drei Stunden auf die Wagen warten, wodurch auch der Wettbewerb leidet.

Im VEB Sachsenwerk Radeberg/Dresden gibt es Schwierigkeiten in der Fernsehproduktion, da die benötigten Bildröhren starken Ausfällen unterliegen. In dieser Abteilung herrscht eine gedrückte Stimmung, da ca. 1 000 Beschäftigte hierdurch zuviel vorhanden sind. Man spricht von Entlassungen.

Im VEB Maxhütte, Unterwellenborn/Gera, wird im gesamten Betrieb von den Kumpels negativ zu der Verteilung von Ami-Zigaretten durch die Betriebsleitung an die Intelligenz gesprochen.

Durch gute politische Arbeit wurden in den letzten Tagen im »Karl Liebknecht«² und »Deutschland-Schacht«³ das Tagessoll ständig mit 100 % erfüllt. Gleichfalls ist die Stimmung in der Karbidfabrik G 32 der chemischen Werke »Buna« besser geworden. Ursache ist die Erhöhung der Erschwerniszulage und die durchgeführte Lohngruppierung.

In der Großkokerei »Mathias Rakosi« Lauchhammer/Cottbus wurden drei Provokateure nach einstimmigem Beschluss der Belegschaft den Organen der Staatssicherheit übergeben. Im Kraftwerk Finkenherd/Frankfurt/Oder wurden in der Auswertung der 15. Tagung des ZK einige parteifeindliche Elemente entlarvt. Im Betrieb wurde dies durch die Parteilosen begrüßt. Diese Auflebung [sic!] der Parteiarbeit stößt auf harten Widerstand der negativen Elemente im Betrieb und Ort.

b) Handel und Versorgung

In fast allen Bezirken tritt ein verstärkter Kartoffelkauf in Erscheinung, wodurch teilweise die Kartoffelversorgung gefährdet wird, so z. B. wurde am 17.9.1953 der südliche Teil des Kreises Hildburghausen/Suhl mit 300 t Kartoffeln beliefert. Da die Kartoffeln zentnerweise an den Verbraucher abgegeben werden, waren bereits am 21.9. die 300 t ausverkauft.

Die zum Teil noch schlechte Warenstreuung auf dem Lande, die auf mangelnde Transportmittel zurückzuführen ist, gibt Anlass zu negativen Diskussionen. So gibt es z. B. in der Gemeinde Halbe/Potsdam seit ca. vier Wochen kein Gemüse, wogegen die Bauern in Waßmannsdorf/Potsdam Gemüse verschieben, da die VEAB dasselbe nicht abnimmt.

Schwierigkeiten in der Fleischversorgung treten im Bezirk Karl-Marx-Stadt und Gera in Erscheinung. Rindfleischversorgung ist in allen Bezirken mangelhaft, was sich z. T. auf die Wurstverarbeitung auswirkt.

Täglich sind in den Berichten Beispiele angeführt, wo über die Rückvergütung der Konsum-Genossenschaft negative Diskussionen geführt werden. Es wird vermutet, dass die zzt. noch vereinzelt in Erscheinung tretenden Austritte sich verstärken werden.

Ein Umsatzrückgang, besonders in HO-Textilwaren, ist in fast allen Bezirken zu verzeichnen. So wird z. B. aus Halle berichtet, dass im Kreis Quedlinburg die Geschäfte der HO-Industriewaren in den letzten Wochen eine Umsatzminderung von 20 % zu verzeichnen hatten.

Markenfreier Zucker ist noch immer in allen Bezirken stark gefragt. Desgleichen wird bessere Versorgung mit Arbeitskleidung von den Arbeitern aller Berufszweige gefordert.

c) Landwirtschaft

Im Vordergrund der Diskussionen auf dem Lande steht noch immer die Sollablieferung. Die Argumente in den einzelnen Bezirken sind verschieden. So wird z. B. aus Leipzig bekannt, dass sich Einzelbauern über den Unterschied im Soll zwischen LPG und Einzelbauern beschweren.⁴ Bauern, die ihr Soll angeblich nicht erfüllen können, befürchten Zwangsmaßnahmen. Erfurt berichtet, dass Bauern mit der sofortigen Erfassung nicht einverstanden sind. Weiterhin wird zum Ausdruck gebracht, dass das Ablieferungssoll mit dem Viehhalteplan nicht in Einklang zu bringen ist.

Bauern von Eßleben⁵ und Teutleben⁶/Erfurt sind der Meinung, dass man jetzt die Ablieferung von Fleisch etwas einschränken soll, da sie in 3 bis 4 Wochen in der Lage wären, größere Mengen und vollwertiges Fleisch zu liefern. Aus Neubrandenburg wird berichtet, dass bei einigen Bauern die Meinung vorhanden ist, freie Spitzen⁷ abzuliefern, auch wenn das Soll noch nicht erfüllt ist. Im Kreis Bitterfeld/Halle wurden in Bauernversammlungen folgende Forderungen gestellt wie: Herabsetzung des Getreidesolls, Erhöhung der Futtermittelbelieferung, Erhöhung der Düngerzuweisung, die Bezahlung der bäuerlichen Produkte muss den Preisen der Gebrauchsgüter angeglichen werden.

Ebenfalls wird aus *dem Bezirk Erfurt*⁸ bekannt, dass in mehreren Ortschaften die Parteiarbeit vollkommen erlahmt ist, was z. T. in der schlechten Stimmung der Genossen und im Versammlungsbesuch seinen Ausdruck findet. So waren z. B. bei einer Versammlung der Ortsgruppe Buttstedt von 45 Mitgliedern drei anwesend, in Großobringen ähnlich. Im Kreis Weimar ist in 35 Gemeinden von einer Arbeit der Ortsgruppen der Partei nichts festzustellen. Ähnlich verhält es sich mit den Massenorganisationen.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Unter der Bevölkerung halten die Diskussionen über wirtschaftliche Fragen weiterhin an. Negative Diskussionen werden besonders stark durch die ungenügende Kohlenversorgung ausgelöst. So äußern sich z. B. Frauen in Bitterfeld/Halle: »Wir wollen unsere Kohlen haben, es ist ja schlechter geworden als 1948, wir haben kaum noch Kohle, um unser Essen zu kochen.«

Die wesentlich verbesserte Warenbereitstellung in den Geschäften wird allgemein begrüßt und anerkannt. In diesem Zusammenhang verweist man jedoch auf die zu hohen Preise der Waren. So wird z. B. aus Schwerin berichtet, dass das Gespräch über eine enorme Preissenkung im Oktober sehr stark verbreitet ist.

Aus Aschersleben/Halle wird gemeldet, dass am 21.9.1953 an sämtlichen HO- und Konsumgeschäften Schlangen von Menschen standen, um Einkäufe zu tätigen. Grund dafür ist das Gerücht, dass in der DDR in den nächsten Tagen eine Währungsreform durchgeführt werden soll.

Halle berichtet, dass in drei durchgeführten Mitgliederversammlungen der LDP eine gute Stimmung geherrscht habe. Handwerker und Geschäftsleute brachten dort ihre Zufriedenheit über den neuen Kurs zum Ausdruck.

Organisierte Feindseligkeit

Gestützt auf die Anweisung des Ministeriums der Finanzen vom 27.8.1953⁹ verbreitet der RIAS, dass alle republikflüchtigen Bauern, die in die DDR zurückkehren und ihre Höfe wieder übernehmen, alle Steuerschulden, die vor dem Verlassen des Hofes entstanden sind, nachträglich begleichen müssen.

Verstärkte Flugblatttätigkeit war in den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam und Gera zu verzeichnen, weniger stark in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Halle und Berlin. Es handelt sich vorwiegend um Flugblätter der NTS,¹⁰ KgU,¹¹ SPD-Ostbüro¹² und FDP¹³ mit dem schon bekannten Inhalt.

Das Messgerätewerk Quedlinburg/Halle erhielt ein Schreiben, in dem man die Forderung stellt, einen Provokateur bis zum 13.10.1953 freizulassen, Unterschrift: »SS-Gruppe«.

Stimmen aus Westberlin und Westdeutschland

In einer Versammlung der FDP in Berlin-Tegel am 17.9.1953 sagte der Referent Dr. Henn,¹⁴ Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, die FDP stehe nicht in Opposition zur CDU, sondern ginge mit ihr. Man müsse aber Unstimmigkeiten der CDU für die FDP ausnutzen. Die CSU operiere als zweite selbstständige Partei und wolle die FDP auf den 3. Platz abschieben.

Ein ehemaliger Leutnant der faschistischen Wehrmacht, der, aus Westdeutschland kommend, die DDR um Asyl bat, berichtete, ihm sei aus Bonn ein Schreiben zugestellt worden, indem man ihn aufforderte, sich für die Europaarmee¹⁵ bereitzuhalten.

Einschätzung der Situation

Wesentliche Veränderungen in der Lage sind noch nicht eingetreten. Da das Ergebnis der 16. Tagung des ZK der SED¹⁶ in der Bevölkerung noch nicht oder zum Teil noch ungenügend bekannt ist, liegen darüber noch keine Meinungsäußerungen vor.

Große Teile der Bevölkerung erwarten immer noch in der nächsten Zeit eine HO-Preissenkung.

Besonders beachtet werden muss die vielfach schlechte Stimmung unter den Arbeitern in den Berliner Betrieben. Am Beispiel des EKM Apparate und Kesselbau Berlin-Pankow zeigt sich, wenn Versprechungen gemacht werden, Mängel zu beseitigen (unterschiedliche Bezahlungen für gleiche Leistungen), und nichts ändert sich, dass nicht nur das Vertrauen zu den Verwaltungen und zur Regierung schwindet, sondern der Gegner findet günstigen Boden für seine Wühlarbeit.

1

Gemeint ist der in Greiz (Bezirk Gera) ansässige Textilbetrieb VEB Greika (Greizer Kammgarn-Weberei).

2

Gemeint ist der VEB Steinkohlenwerk »Karl Liebknecht« in Lugau (Bezirk Karl-Marx-Stadt).

3

Gemeint ist der VEB Steinkohlenwerk »Deutschland« in Oelsnitz (Bezirk Karl-Marx-Stadt).

4

Die Privilegierung der LPG, insbesondere des Typs III, beim Ablieferungssoll blieb trotz des »Neuen Kurses« bestehen. Bei Ölsaaten und Getreide wurde sie durch die im Juni 1953 beschlossenen Änderungen sogar noch ausgeprägter. Vgl. § 1 Abs. 2 der Verordnung über Erleichterungen in der Pflichtablieferung und zur weiteren Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften vom 25.6.1953. In: GBl. 1953, S. 821 f.

5

Im Original »Elsleben«.

6

Im Original »Deutleben«. Eßleben und Teutleben liegen bei Buttstädt, Kreis Sömmerda, Bezirk Erfurt.

7

Das heißt außerhalb des Abgabesolls, was einen höheren Preis brachte.

8

»Neubrandenburg« handschriftlich gestrichen kursiver Text handschriftlich eingefügt.

9

Hierbei ging es um die Einstellung von Konkursverfahren, die im Zuge der Vollstreckung von Abgabeforderungen eröffnet worden waren und die aufgrund der Verordnung vom 23.6.1953 zur Änderung der Besteuerung und zur Senkung des Einkommenssteuertarifes obsolet geworden waren. Vgl. 6. Durchführungsbestimmung vom 27.8.1953 zur Verordnung zur Änderung der Besteuerung und zur Senkung des Einkommenssteuertarifes.

10

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

11

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

12

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin

2000.

13

Die FDP unterhielt seit 1950 ein Ostbüro, das vom ehemaligen Thüringer LDP-Landesjugendreferenten Karl-Heinz Naase geleitet wurde und sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der LDPD, der Flüchtlingsbetreuung sowie der Informationsbeschaffung und Einschleusung von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR widmete. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

14

Hans Henn, Jg. 1899, promovierter Volkswirt und liberaler Politiker, 1927–33 Funktionär der Deutschen Volkspartei, 1945 LDP-Mitglied, ab 1946 in leitender Stellung in der Industrie- und Handelskammer Halle, 1950 Flucht nach Westberlin, Eintritt in die FDP, Mitglied im LDP-Bundesbeirat der FDP, seit 1952 als Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

15

Die Pläne zu einer gemeinsamen Armee Frankreichs, der Benelux-Staaten, Italiens und der Bundesrepublik Deutschlands steht im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der am 26./27.5.1952 unterzeichnet und am 19.3.1953 vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden war. Die Ratifizierung des EVG-Vertrages zog sich aber in Frankreich wegen massiver politischer Widerstände hin und scheiterte schließlich im August 1954 endgültig mit der Ablehnung durch die Nationalversammlung.

16

Die 16. Tagung des ZK der SED fand vom 17. bis 19.9.1953 statt.